



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage Nr.: 2018/0822

Veranlasser / Verursacher:
AfD

Datum: 11.04.2018

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der AfD-Fraktion vom 01.04.2018 betr. „Gewalt gegen Rettungskräfte,,

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Haupt- und Finanzausschuss	02.05.2018		öffentlich
Kreistag	07.05.2018		öffentlich

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag dankt allen Einsatzkräften in der Polizei, der Feuerwehr und im Sanitätsdienst, die sich mit ihrer täglichen Arbeit unermüdlich für das Gemeinwesen einsetzen, Menschen in Notsituationen unterstützen und für die Sicherheit von uns allen sorgen. Er drückt seine Wertschätzung für die Frauen und Männer aus, deren Engagement mitverantwortlich dafür ist, dass sich die Bürger in unserem Landkreis wohl fühlen und diesen als eine lebens- und lebenswerte Region betrachten.
2. Der Kreistag zeigt sich besorgt über die steigende Gewalt gegen Rettungskräfte im Landkreis Kassel und erklärt sich solidarisch mit allen Einsatzkräften, die während ihrer Pflichterfüllung Opfer verbaler und tätlicher Angriffe oder Nötigung geworden sind. Es ist nicht hinnehmbar, wenn Einsatzkräfte bedroht, beleidigt und in ihrer körperlichen Integrität beeinträchtigt werden.
3. Der Kreistag unterstützt die Forderung des Hessischen Innenministers Beuth nach einer neuerlichen Strafverschärfung bei Angriffen auf Einsatzkräfte und appelliert an den Deutschen Bundestag in seiner Funktion als Gesetzgeber, durch eine Änderung des Strafgesetzbuches eine weitere Verschärfung des Strafrechts zu beschließen, um Rettungskräfte wirkungsvoller zu schützen.
4. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, seine Bemühungen in der Gewaltprävention und der (Schul-)Sozialarbeit zu überprüfen und bereits existierende Maßnahmen in den genannten Bereichen ggf. anzupassen und um weitere Handlungsstrategien zu ergänzen.

Begründung:

Obwohl im vergangenen Jahr die einschlägigen Tatbestände im Strafgesetzbuch wesentlich verschärft und durch die Einführung des § 114 StGB sogar mit Haftstrafen versehen wurden, scheint dies uneinsichtige Gewaltbereite nicht davon abzuhalten, weiterhin Gewalt unterschiedlichen Ausmaßes gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte während der Ausführung ihres Dienstes auszuüben.

Da es sich bei solchen Übergriffen um unhaltbare Zustände handelt und sich eine derartige Gewalt gegen unsere ganze Gesellschaft richtet, ist es notwendig, dass alle staatlichen und kommunalen Institutionen ein klares Signal gegen diese gemeinschaftsschädlichen Handlungen setzen.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.

Kohlweg
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

2018/0822 Anlage 1

Anlagenbeschreibung

Anlage 1: Antrag der AfD-Fraktion vom 01.04.2018